

I N S T I T U T  
F Ü R  
F A M I L I E N  
B E R A T U N G  
U N D  
F A M I L I E N  
T H E R A P I E

GZ 22 0102/18-II/2/87

Graz, 1987 10 29

An das  
Bundesministerium  
für Umwelt, Jugend  
und Familie  
Mahlerstraße 6  
A-1015 Wien

Betreff	GESETZENTWURF
Z	71 GE 987
Datum:	2. NOV. 1987
Verteilt	05. Nov. 1987 Krenn

DER DIÖZESE GRAZ-SECKAU  
8010 GRAZ, MESNERGASSE 5  
TELEFON 0316 / 75 6 67

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Familienberatungsförderungsgesetz geändert wird.

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf

Das Institut für Familienberatung und Familientherapie begrüßt den vorliegenden Gesetzesentwurf des Familienberatungsförderungsgesetzes.

Zum § 2 nehmen wir wie folgt Stellung:

Ad § 2 Abs. 1 Z. 5 zweiter Satz

Das Ausmaß der wöchentlichen Beratungszeit von 4 Stunden scheint uns zu hoch. Zumal in Stellen im ländlichen Bereich ein solches Ausmaß nicht erforderlich und vom Träger auch schwer "kostengünstig" finanzierbar ist.

Daher unser Vorschlag:

"Das Ausmaß der Beratungszeiten muß mindestens 2 Stunden innerhalb einer Woche betragen. ... "

Ad § 2 Abs. 1 Z. 6 (des geltenden Gesetzes)

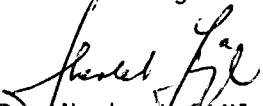
lautet: Die Beratung muß kostenlos, nach.... .

Ergänzung: "Bei länger dauernden Beratungen - etwa ab der fünften Beratungsstunde - kann von den Klienten eine Kostenbeteiligung verlangt werden, wobei die soziale und wirtschaftliche Situation der Klienten zu beachten ist."

Begründung: - Kosteneinsparung

- Viele Ratsuchende wären bereit und in der Lage, einen Beitrag zu leisten.

Hochachtungsvoll

  
Dr. Norbert Stölzl  
(Leiter)

P.S. Ergeht 25fach an Präsidium des Nationalrates